

Königslutter will das Gewerbegebiet bei Scheppau

Die Bürgerinitiative „Gegenwind“ macht in dieser entscheidenden Phase noch einmal mobil und ruft zur Demonstration auf

von Katja Weber-Diedrich

Das geplante Gewerbegebiet in Scheppau bleibt ein heikles Thema: Während die Wirtschaftsregion Helmstedt (WRH) GmbH auf ihrer Internetseite schreibt: „Gemeinsam bringen wir den Strukturwandel im Landkreis Helmstedt voran“, positioniert sich die Bürgerinitiative „Gegenwind Scheppau“ gegen ein Gewerbegebiet am Autobahnkreuz A2/A39, „um den Erhalt des Naturraums des Wohld, den Schutz der Dörfer und den nachhaltigen, wirtschaftlichen Einsatz der Kohlemillionen“ sicherzustellen. Diese beiden unterschiedlichen

Meinungen sind in den vergangenen Jahren schon mehrfach aufeinander getroffen. Dieser Tage wird in Königslutter Stellung zum gemeinsamen Projekt mit dem Landkreis Helmstedt bezogen, was entsprechend Gegner wie Befürworter auf den Plan ruft.

Der Lutteraner Stadtrat soll in seiner Sitzung am Donnerstag, 20. März, um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses einen „Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Industrie- und Gewerbegebietes am Autobahnkreuz A2/A39“ fassen und wird das voraussichtlich mit großer Mehrheit tun. Das zeichnete sich in der Sitzung des Bau- und Um-

weltausschusses diese Woche ab.

Auch wenn die Kreisvorsitzenden des BUND, Axel Klempt, und des Nabu, Reinhard Wagner, ein paar Einwohnende und die Grünen-Fraktion sich gegen das Vorhaben aussprachen und unter anderem die Notwendigkeit bezweifelten, stimmte der Ausschuss mit großer Mehrheit zu. Auf 82 Hektar soll ein zertifiziertes Industrie- und Gewerbegebiet entstehen, das auf Nachhaltigkeit setzt. Das bedeutet, dass Lichtverschmutzung vermieden und Lärmimmissionen eingedämmt werden sollen. Außerdem soll es Auflagen geben, dass Baukörper zu begrünen, thermische Aufladung zu vermeiden, zentrale Abstellflächen für PKW zu schaffen, Energie zu gewinnen und Regenwasser zu managen sind.

Als Experten hatte sich der Ausschuss den Projektbetreuer Christian Burgart, stellvertretender Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Helmstedt (WRH) GmbH, hinzu geholt, der die Ergebnisse der Ende vergangenen Jahres vorgestellten Machbarkeitsstudie noch einmal zusammenfasste.

Burgart stellte auch die einzelnen Verfahrensschritte dar: Knapp 4,5 Millionen Euro werde die zweite Phase des Verfahrens



Am Autobahnkreuz A2/A39 soll ein Industrie- und Gewerbegebiet entstehen. Der Bau- und Umweltausschuss der Stadt Königslutter stimmte mit großer Mehrheit dafür. Am Donnerstag entscheidet der Stadtrat.
Foto: privat (Landkreis Helmstedt)

kosten, machte Christian Burgart deutlich.

Rund vier Millionen Euro kommen aus dem Strukturhilfeprogramm des Bundes für frühere Kohle-Abbaugebiete. Die restlichen rund 450.000 Euro wollen sich Stadt Königslutter und Landkreis Helmstedt über einen Zeitraum von vier Jahren teilen. Für die Domstadt bedeutet das, dass in den Jahren 2026 bis 2029 jeweils 56.250 Euro im Haushalt verankert werden.

Das Geld wird benötigt, um Planungsleistungen zu finanzieren und den Flächenerwerb vorzubereiten. Diese beiden Punkte sollen bis 2030 erledigt sein. Für

die Planung wollen die Stadt Königslutter und die WRH per europaweiter Ausschreibung gemeinsam einen Umsetzungspartner suchen.

„Gegenwind“ bittet zur Demo

In der entscheidenden Phase des Großprojektes macht die Bürgerinitiative „Gegenwind“ natürlich noch einmal mobil. Sie kündigt auf ihrer Homepage eine Demonstration an, die vor der Ratssitzung am Donnerstag um 17 Uhr vor dem Rathaus beginnen und noch einmal die Gründe gegen ein Gewerbegebiet bei Scheppau darstellen soll.